

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 16 + 33. Jahrgang Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/4 Berlin, 16. April 1932

Lohnpolitik mit doppeltem Boden

Es ist noch nicht allzu lange her, da forderten die deutschen Arbeitgeber bei jeder Lohnverhandlung, die mit den Gewerkschaften oder vor den staatlichen Schlichtungsinstanzen geführt wurde, mit einer geradezu leidenschaftlichen Ueberzeugung den Abschluß möglichst langfristiger Tarifverträge, deren Ablauftermine, so weit als irgend erreichbar, hinausgestreckt wurden. Die Begründung dieser Forderung schien nicht von der Hand zu weisen und hat manchen Lohnabschluß in der Laufdauer im Sinne der Arbeitgeber beeinflusst: Die möglichst lange Laufzeit abgeschlossener Tarifverträge sei, so wurde von den Unternehmern argumentiert, unbedingt erforderlich, wenn die Kalkulation der Betriebe auf einer stabilen und zuverlässigen Selbstkosten-Basis erfolgen und damit ihre Sicherheit überhaupt garantiert sein solle. Die Hinweife der Gewerkschaften auf die Unsicherheit der übrigen Kalkulationsfaktoren (Rohstoffe, technische Produktionsmittel, übrige Betriebskosten usw.) verjagten wenig, der Stabilisierung der Lohnkosten wurde immer wieder von den Arbeitgebern die ausschlaggebende Bedeutung zugesprochen.

Das war in der Zeit des Lohnaufbaues. Heute klingt die Begründung der Arbeitgeber bei den Lohnverhandlungen wesentlich anders. Von einer Stabilisierung der Löhne ist nicht mehr die Rede. Nicht langfristige und „kalkulations-sichere“, sondern möglichst kurzfristige Tarifverträge werden im Zeichen des Lohnabbaues von den Unternehmern gefordert; Verträge, deren Laufdauer nicht kurz genug sein kann.

Die eigentlichen Motive dieser verschiedenen Politik und Gesinnungsänderung der Unternehmer sind der Arbeiterschaft klar: Das Argument von der Kalkulations-Stabilisierung war den Arbeitgebern ebenso wenig Ernst wie manches andere Argument aus jener Zeit. In Wahrheit ging es ihnen in ihrem damaligen Drängen nach langfristigen Tarifverträgen lediglich darum, durch Festlegung der Löhne auf möglichst lange Dauer den Gewerkschaften die Anpassung der Gehälter und Löhne an die Aufwärtsbewegung der Konjunktur und Preise zu erschweren und die Beteiligung der Arbeitnehmer an guten Geschäftsgängen zu verhindern. In der gegenwärtigen Periode der Krise und Abwärtsbewegung der Preise dagegen geht das Bestreben der Unternehmer dahin, unter Abschluß kurzfristiger Tarife in der Lage zu sein, durch wiederholt und rasch aufeinanderfolgende Tarifkündigungen die Löhne möglichst unter dem Druck der Krise zu senken und so das Risiko des schlechten Geschäftsganges weitestgehend auf die Arbeitnehmerschaft abzuwälzen.

Wer allerdings glaubt, daß dabei den Arbeitgebern mit der Senkung der Löhne und Gehälter auf den Stand vom Januar 1927 — wie sie durch die letzte Notverordnung erfolgt ist — Genüge getan wäre, befindet sich im Irrtum. Zahlreiche Arbeitgebererklärungen aus den letzten Wochen haben bereits erkennen lassen, daß die Lohnabbauforderungen der Unternehmer erheblich darüber hinausgehen. Trotzdem konnten Gutgläubige bisher angeichts der Hinweife der Arbeitgeber auf die vor sich gehende Preisentwertung wenigstens in etwa der Meinung sein, auch bei den Lohnabbau fordernden Unternehmern sei zum mindesten so viel wirtschaftliche und soziale Einsicht vorhanden, daß eine weitere Senkung der Reallohne nicht mehr in ihrer Absicht liegen könne. Mit dieser Illusion räumt jetzt die Zeitschrift „Der Arbeitgeber“, das offizielle Organ der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände, grundsätzlich auf. Die Ausführungen, die es in diesem Sinne über die Lohnpolitischen Absichten der Arbeitgeber macht, sind so aufschlußreich, rücksichtslos und offen, daß sie Verbreitung in weitesten Kreisen der deutschen Öffentlichkeit, der maßgebenden Schlichtungsbehörden und nicht zuletzt auch des Arbeitsministeriums verdienen.

Nach der einleitenden Feststellung, daß die gesamte deutsche Sozialpolitik und Sozialversicherung im Jahre 1932 im Zeichen weiterer Einschränkung stehen müsse, erklärt die genannte Zeitschrift

zunächst, auch die deutsche Lohnpolitik werde „sich von der engen Verkopplung mit den Preisentwertungsvoraussetzungen frei zu machen haben, in der sie heute noch befangen ist —“! Sie stellt dann in einem Rückblick auf die Entwicklung der deutschen Lohnpolitik seit der Stabilisierung drei Stadien fest. Die Periode des „Hochtreibens“ der Löhne — „bis tief noch in die Depression hinein“. Dann die Etappe des „Festhaltens“ der Löhne — „trotz weiteren Anschwellens der Arbeitslosigkeit“. Weiter die Etappe des „ögernden Senkens“ der Löhne — „aber erst nachdem eine vorausgegangene Senkung der Lebenshaltungskosten die Kaufkraft der bisherigen Löhne erhöht hat und somit die Herabsetzung der Löhne nur eine Senkung des Nominallohnes, nicht des realen Lohnes bedeutet“. — Wir brauchen die Unrichtigkeit dieser Behauptung hier nicht zu widerlegen. Die tatsächlichen Verhältnisse und wiederholten Lohnfeststellungen tun das deutlich genug. Wichtiger ist die Herausstellung des vierten Stadiums, in das nach der Feststellung des „Arbeitgeber“ mit dem Jahre 1932 eingetreten werden muß: Es ist das Stadium der „Lohnpolitischen Korrektur“, die durch die Aufgabe der „Verkopplung von Lohn und Preis“, mit der weiteren Senkung des Reallohnes und „Übertragung der Kaufkraft von den Lohnempfängern auf die Erzeuger“ erfolgen müsse. So schreibt „Der Arbeitgeber“:

„Die Lohnpolitische Bedeutung des Jahres 1932 wird darin bestehen, die Fiktion von der Gleichzeitigkeit und der gegenseitigen Bedingtheit von Lohn- und Preisentwertung und der Aufrechterhaltung der Einzel-

kaufkraft des Lohnes zu zerstören. Erst mit der anerkannten Auflösung und Preisgabe dieser Fiktion, erst mit der Tatsache, daß die Kaufkraft des Einzellohnes in der Tat gesenkt worden ist, daß die Kaufkraft von den Lohnempfängern auf die Erzeuger übertragen worden ist, daß Preisentwertungen im Rahmen der Rentabilität nur organisch den Unkosten- und damit auch Lohnentwertungen folgen können, und nicht mehr umgekehrt — erst mit diesem Durchbruch neuer Proportionen und ihrer Anerkennung wird die Lohnpolitische Korrektur in Deutschland abgeschlossen sein.“

Diese Erklärung ist eindeutig. In der Inflationszeit und in den Nachinflationsjahren der steigenden Preise war die Parole: Erst Steigerung der Preise, dann ungenügendes Nachfolgen der Löhne — jetzt lautet sie: Erst Senkung der Löhne, dann ungenügendes Nachfolgen der Preise. Das Ergebnis kommt auf eines hinaus: Senkung der Reallohne! Die traurigen Folgen dieser „Kaufkraft-Übertragungspolitik“ kümmern die Unternehmer ebensowenig wie die Erklärung der Reichsregierung über den Sinn und Zweck der Preisentwertung; und ebensowenig kümmern sie die verhängnisvollen sozialen Folgen einer solchen Lohnpolitik. Es ist an der Zeit, daß die maßgebenden Regierungsstellen solchen Bestrebungen rücksichtslos entgegengetreten, und daß die staatlichen Schlichtungsstellen unter diesem Gesichtspunkte dem Arbeitgeberdrängen nach kurzfristigen Tarifen ihre besondere Aufmerksamkeit schenken. Wenn jemals, so tut gegenwärtig die früher von den Arbeitgebern immer geforderte „Stabilisierung der Löhne“ not. — Die Arbeiterschaft aber wird gut tun, aus diesem Verlangen der Unternehmer die Konsequenzen zu ziehen in geschlossener gewerkschaftlicher Abwehr.

Otto Maier (Düsseldorf).

Gemeinsame Aufgaben

Eine ehrliche Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist von den christlichen Gewerkschaften stets befürwortet und angestrebt worden. In dem interessanten Gedankenaustausch, der darüber im Augenblick in der „Sozialen Praxis“ zwischen prominenten Arbeitnehmer- und Arbeitgeberführern stattfindet, nimmt in Nr. 13 vom 31. März 1932 auch der Vorsitzende des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otte, Stellung, aus der wir einen ganz kurzen Auszug wiedergeben:

„Wenn auch von vornherein vor der Auffassung gewarnt werden muß, als ob durch eine verstärkte Gemeinschaftsarbeit alle Gegensätzlichkeiten beseitigt werden könnten, so steht doch fest, daß von der Herstellung einer Basis, die auf Gemeinschaftsarbeit beruht, nicht nur allein mehr Vertrauen und wertvolle Anregungen ausgehen können, sondern daß auch die davon ausgehenden psychologischen Wirkungen wirtschaftsbelebend sein würden. Dieser Feststellung muß aber gleich eine andere hinzugefügt werden, und zwar die, daß, je mehr der Lebensraum des einzelnen infolge der Wirtschafts- und Weltwirtschaftskrise eingeengt wird, auch die Gegensätzlichkeiten härter in die Erscheinung treten. Der Streit um Wirtschaftsformen und Wirtschaftssysteme, um Sinn und Ausmaß der Sozialpolitik, war kaum jemals so scharf wie heute. Wir stehen also vor der Tatsache, daß die heutigen Verhältnisse einerseits vermehrte Gemeinschaftsarbeit dringend erfordern, andererseits aber dieser Gemeinschaftsarbeit zugleich verstärkte Hindernisse entgegenstehen.“

Nun ist es allerdings nicht so, als ob alle Fäden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bzw. Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zerrissen wären. Gewiß plagen gerade jetzt bei Lohnverhandlungen die Gegensätze oft scharf aufeinander, aber das Auseinandergeriewesen beider Faktoren führt doch immer wieder, so wohl im einzelnen Betrieb als auch darüber hinaus, zu gelegentlichen oder auch ständigen Fühlungsnahmen und Aussprachen. Gewiß fehlt vieles. Es fehlt vor allem an einer äußerlich sichtbaren und gewollten Gemeinschaftsarbeit, insbesondere der Spitzenverbände, zu dem ausgesprochenen Zweck, gemeinsam an der Ueberwindung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu arbeiten. Die Hinder-

nisse liegen nicht zuletzt in verschiedenen grundsätzlichen Auffassungen über bestimmte Fragen und in der Tatsache, daß diese Fragen gerade am stärksten in den Vordergrund gestellt werden. Nun haben aber Arbeitgeber und Arbeitnehmer neben gegensätzlichen auch eine ganze Anzahl gleichlaufender und gemeinsamer Interessen, und es ist unmöglich, den Weg zu verstärkter Gemeinschaftsarbeit erfolgreich zu betreten, wenn am Anfang dieses Weges gleich die hohen Barrikaden der gegensätzlichen Interessen aufgeräumt werden.

Es ist ohne Zweifel, daß es bei der Inangriffnahme schwieriger und erster Notwendigkeiten vor allen Dingen auf das „Wie“ ankommt. In bezug auf gegensätzliche Fragen gilt das noch mehr. Arbeitgeber und Arbeitnehmer haben ein gemeinsames Interesse daran, daß Wirtschaft und Einzelbetrieb sich wieder aufwärts entwickeln. Die Fragen der Produktionsförderung in Wirtschaft und Betrieb, der fachlichen Ausbildung des Nachwuchses, der Qualitätsverbesserung unserer Erzeugnisse gehen beide an. In der Frage der Staatsvereinfachung, speziell auch unter dem Gesichtswinkel der steuerlichen Entlastung, an einer vernünftigen Zollregelung, einer Beseitigung der Reparationslasten sind wiederum beide Teile nicht nur gleichermaßen interessiert, sondern sie sorgen sich auch aus innerer Verantwortung darum. Die Schlussfolgerung liegt also nahe, den Ausgangspunkt für eine Gemeinschaftsarbeit nicht in dem Streit um das „freie Spiel der Kräfte“ zu suchen, sondern bei den Fragen, die mehr jenseits des Gegensätzlichen liegen. Gemeinschaftsarbeit muß bei den Punkten antäupfen, wo gemeinsame Interessen vorliegen.

Nun ein Letztes: Es ist in den zurückliegenden Jahren joweil von Gemeinschaftsarbeit und Arbeitsgemeinschaft geredet und geschrieben worden, daß diese Bezeichnungen von vornherein in weiten Kreisen auf psychologische Hemmungen stoßen. Dem sollte Rechnung getragen werden. Es kommt weder auf feste Formen, noch auf Namen und Bezeichnungen an. Entscheidend ist, ob sich in dieser schweren und schicksalhaften Zeit maßgebende Führer im Arbeitgeber- und Arbeitnehmerlager finden, die gewillt und entschlossen sind, durch Gemeinschaftsarbeit sich für die Rettung von Wirtschaft und Volk einzusetzen. Dazu ist es zwar höchste Zeit, aber doch noch nicht zu spät.“

Die Staatsgewalt geht vom Volke aus

Im zweiten Gang zur Reichspräsidentenwahl erhielt Reichspräsident von Hindenburg 19,3 Millionen, Hitler 13,4 Millionen und Thälmann 3,7 Millionen Stimmen. 33 Prozent des deutschen Volkes haben sich damit für eine ruhig-stetige Weiterentwicklung unseres politischen und wirtschaftlichen Lebens ausgesprochen. In die Spitze des Reiches stellten sie einen Mann, nicht eine Partei. Von den — zurückgegangenen — kommunistischen Stimmen abgesehen, wird auch ein Teil der Wähler Hitlers den Weg sachlicher Entwicklung dem eines Experimentes vorziehen. In diesem Sinne könnte zum mindesten die innerpolitische Wirkung der nunmehr erlebigen Spannungsepoche die sein, daß etwas mehr Vertrauen der deutschen Staats- und Wirtschaftsbürger zueinander eintreten könnte. Die für die deutsche Gesamtentwicklung mit in Frage kommende Stellungnahme anderer Länder wird je nach der politischen Tendenz freundlicher oder weiter zurückhaltend sein.

Es wäre zu wünschen, daß nunmehr, da das Volk gesprochen hat, die Agitatoren schweigen. Auch nach dem 24. April wird das Los des deutschen Volkes nicht durch Reden, nicht durch Plakat- und Zeitungskrieg, nicht durch politische Taktiken, sondern durch vernunftgemäßes Zusammenwirken aller Gutgeleiteten bestimmt. Unsere christlich-nationale Grundeinstellung weist uns über Lage des Streites auf Monate und Jahre notwendiger Zusammenarbeit hin.

Die Konsumgenossenschaftsbewegung in der heutigen Notzeit

Diese bedeutungsvolle Frage behandelte auf einer Tagung der Verbandsauschüsse des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, Köln, Generaldirektor Schlaad, M. d. R., führte hierzu aus: Die Genossenschaften des Reichsverbandes haben für das Jahr 1931 nur einen Umsatzrückgang von 10,2 Prozent zu verzeichnen. Schlaad ging von den Reparationslasten aus, deren Untragbarkeit die Bewegung schon vor Jahren erkannt hätte, als noch die Flut der Auslandskredite uns anscheinend eine Blütezeit der deutschen Wirtschaft besaherte. Er zeichnete dann ein Bild von den Schwierigkeiten und Kämpfen der Konsumgenossenschaften, die durch die Wirtschaftskrise und die politische Entwicklung entstanden sind.

Die im Juli 1931 zum Ausbruch gekommene Geldkrise hätte zwar den Konsumgenossenschaften zunächst eine starke Vertrauenslinderung ihrer Mitglieder gebracht. Es seien in jenen kritischen Tagen nur ungefähr 1/2 Prozent des Bestandes der Spareinlagen abgehoben worden. In der Folgezeit habe aber die wachsende Not im Lande durch Lohn- und Gehaltskürzungen und Arbeitslosigkeit auch zu starken Abhebungen bei den Sparkassen der Konsumgenossenschaften geführt. In dem stets vertretenden Grundfah 50 Prozent der Spareinlagen liquide zu halten, müsse unbedingt festgehalten werden.

Der Kampf gegen die Konsumgenossenschaften in der Öffentlichkeit habe im vergangenen Jahr eine nicht zu überbietende Schärfe angenommen. Das Schlagwort: „Kampf gegen den Marxis-

mus“ führe vielfach dazu, gegen die genossenschaftlichen Unternehmungen der Verbraucher Sturm zu laufen, obwohl die Konsumgenossenschaften im direkten Gegensatz zum Marxismus ständen und der Reichsverband die nationale Bedeutung der Konsumgenossenschaften zuletzt noch auf seinem Genossenschaftstag in Hannover sehr stark herausgestellt habe. Im Gegensatz zum italienischen Faschismus habe der Nationalsozialismus in Deutschland noch kein klares Genossenschaftsprogramm entwickelt. Angesichts des unergorenen Reines seiner Wirtschaftsgestaltung könnten die Konsumgenossenschaften auch von dieser Seite in Bedrängnis geraten. Die Wirtschaftspartei habe ihre politische Schlüsselstellung zu rücksichtsloser Benachteiligung der Konsumgenossenschaften ausgenutzt. In der Vierten Notverordnung vom 8. Dezember 1931 sei die Sonderumsatzsteuer aufs neue festgelegt worden, während den mittelständischen Genossenschaften 20 Millionen Mark Subventionen bereitgestellt wurden. Für die landwirtschaftlichen Genossenschaften sind schon Summen bereitgestellt worden, die 100 Millionen Mark weit übersteigen.

Dazu kommt die ungerechte Rechtsprechung insbesondere von Seiten der Finanzgerichte und des Reichsfinanzhofes. Die Rechtsprechung der Finanzgerichte gegenüber den Konsumgenossenschaften stehe im Gegensatz zu Wortlaut und Sinn der Gesetzesbestimmungen. Sie sei eine Bräufierung des Konsumgenossenschaftsgedankens und eine Gefährdung der Verbraucherbetriebe. Wenn der Einzelhandel für den an seine Kunden verteilten Rabatt keine Steuer zu bezahlen habe, könne auch eine Besteuerung der Rückvergütung (Rabatt) unter gar keinen Umständen in Frage kommen.

In der Preislenkungsfrage haben die Konsumgenossenschaften anerkannterweise das Äußerste geleistet. In dieser Frage sei ein stärkeres Zusammengehen der Arbeitnehmerorganisationen mit den Konsumgenossenschaften erforderlich. Es komme auf den ehrlichen Preis für eine Ware an, dazu gehöre, daß die tariflichen Abmachungen in Produktion und Verteilung eingehalten werden und man sich von Lockpreispraktiken und unlauteren Wettbewerbsmethoden fernhält. Die Treue der Mitglieder sei Voraussetzung für jede erfolgreiche Organisationsarbeit. Die Jahreswende sieht die Konsumgenossenschaften kämpfend gegen ihre wirtschaftlichen und politischen Gegner; kämpfend auch gegen Gesetze und Notverordnungen, die uns, der sozialen Wirtschaft der breiten Schichten, schwere Lasten auferlegen; kämpfend gegen Unverstand in eigenen Reihen; kämpfend um die Rentabilität der Genossenschaften und um die soziale Gestaltung der Wirtschaft.

Anschließend berichtete Geschäftsführer Henksmeier, Mülheim-Kuhr-Speldorf, über die Lehren der Krise für die Zukunft. Im Beispiel eines Konsumvereins zeigte er den Preisrückgang und die Umsatzerlagerung zur billigeren Ware. Auf diesen Umsatzausfall fußend, behandelte er die Möglichkeiten des unerlässlichen Unkostenabbaues. Die Höhe der Steuern und öffentlichen Abgaben sei unerträglich, die durch die Notverordnung erreichte Mietenkung biete keine ausreichende Entlastung. Die Steuern seien mit 3 Prozent und mehr vom Umsatz nicht mehr tragbar. Wesentliche Voraussetzung für die Ergreifung der richtigen Maßnahme sei volle Klarheit über die wirkliche Lage des Betriebes.

Außerdem sei u. a. notwendig verstärkte Werbearbeit und ein gutes Verhältnis zu den befreundeten Organisationen.

Aus den Vorträgen und der lebhaften Aussprache, an der sich auch Professor Dr. Brauer beteiligte, geht der klare Wille der leitenden Organe hervor, die Bewegung möglichst ungehindert in bessere Zeiten zu bringen.

Gegen radikale Mauleselei die Vernunft

Extrem gerichtete Kreise hat es immer unter der Arbeitererschaft gegeben. Schon im Geburtsjahre der deutschen Gewerkschaften war sich die Arbeitererschaft nicht einig. In der Folgezeit wechselten überlegte Bestrebungen und radikale Strömungen miteinander ab. Schließlich führte die Radikalisierung und vor allem die weltanschauliche Einstellung der sozialistischen Gewerkschaften in den neunziger Jahren zur Gründung der christlichen Gewerkschaften. Bis zum Ausbruch des Weltkrieges änderte sich grundsätzlich an den vorhandenen Gewerkschaftseinrichtungen nicht viel.

Erst in den Nachkriegsjahren machten sich die radikalen Bestrebungen innerhalb der Arbeitererschaft wieder stärker bemerkbar. Sie fanden ihren natürlichen Tummelplatz in den sozialistischen Gewerkschaften und Parteien. Erst nach 1920 versuchten politische Wirkkräfte auch unter den christlichen Gewerkschaftskern nach Hilstruppen. Durch die Gründung einer politischen Splitttergruppe wurde im rheinisch-westfälischen Industriegebiet versucht, den Einfluß der christlichen Arbeitererschaft in den Kommunen, Provinzen, Staat und Reich zu „stärken“. Der Erfolg war gleich Null. Es langte zu keinem Reichs- oder Landtagsmandat. Lediglich in einigen Kommunen brachte man es bis zu vier und sechs Sitzen. Bei jeder politischen Wahl sank die Stimmzahl. Jetzt ist diese Splittterpartei auf ein kleines Häuflein zusammengesunken. Der Beschluß einer Delegiertentkonferenz in Düsseldorf Ende Januar dieses Jahres, bei der Reichspräsidentenwahl für den Kommunisten Thälmann zu stimmen, hat diese Partei um den letzten moralischen und politischen Kredit gebracht.

Aufgepunkt von kommunistischen Einbläsern, predigen die Reste dieser Bewegung eine sogenannte „Einheitsfront“ aller Schaffenden. Man machte sich an alle Gewerkschaftsrichtungen und politischen Parteien heran, ja an Mieter-, Freidenker- und sonstige Organisationen und lud diese zu Besprechungen zur Bildung der „Einheitsfront“. Dann wurden größere öffentliche Versammlungen einberufen, worin ein regelrechtes „Kampffprogramm“ aufgestellt wurde. Dieses unterscheidet sich von den bekannten kommunistischen Wäuren um keinen Deut. Bei der Werbung zum Eintritt in diese „Einheitsfront“, wird nicht nach der Zugehörigkeit zu irgendeiner gewerkschaftlichen Organisation gefragt. Alles ist willkommen, ganz gleich, ob Kopf- oder Handarbeiter. Die Hauptsache ist, wenn man sich nur ziemlich radikal gebärdet, auf die Gewerkschaftsführer schimpft und die bestehenden staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse tüchtig kritisiert. Als Redner tritt in der Regel ein mundfertiger Herr auf, der eine sehr delikate Vergangenheit hat. Als geistige Kraft gibt diese „Einheitsfront“ einen „Wegweiser“ heraus, der sich von einer kommunistischen Zeitung in nichts

Heu's Christ

Eigentlich hieß unser Frachmeister Christian Heubusch; aber jedermann nannte ihn „Heu's Christ“. Dieser Name war in der Ungegend seines Heimatortes so geläufig geworden, daß viele Einwohner nicht wußten, wie er richtig hieß. Er selbst wurde nur dann an den Namen Heubusch erinnert, wenn er seinen Namen unter ein besonderes Schriftstück legen mußte. Und er machte das mit seiner angelegentlichsten Miene wie ein Schulkind: langsam und bedächtig, sich auf jede Silbe besinnend.

Christ war ein feiner Mensch und ein Charakter. Gefällig gegen alle, war er sehr beliebt im Tale, er half wo er konnte. Unmöglich war er Textilarbeiter gewesen. Er war es, der der Organisation Eingang ins Tal verschaffte. Aber bei einem kurzen Streit hatte er „den Hals gebrochen“, wie wir zu sagen pflegten, und hand von da an in allen Dingen auf der schwarzen Seite. Die bestreite Firma hatte ihn als Führer sofort entlassen und auch dafür gesorgt, daß er nirgends Arbeit fand.

Wochenlang war Christ von Fabrik zu Fabrik gewandert — immer vergebens. Verschiedene Meister, die ihn persönlich kannten, hätten ihn gerne angenommen, da er zu arbeiten verstand, doch fürchteten sie selbst für ihre Stellung. Schließlich wand Christ im Steinbruch einer Mittagsgesellschaft Arbeit, die ihm, dem Fabrikmeister, recht gut bekam. Da er anständig war, hätte er bereits nach einigen Jahren als Frachmeister auf und schaffte, wie es ihm gefiel. Denn der Direktor kam nur jeden Monat einmal mit seinem Auto aus dem Siegerland angeschlossen, um eine Straße herauszuspannen und dann wieder zu verschwinden.

Es muß gesagt werden: Christ war eine Felle von einem Meister. Eines Tages trat ich bei ihm als Hilfsarbeiter ein. Meine Arbeit war nicht leicht. Jeden Tag ein bestimmtes Quantum Dreck und Schmutz im Afford von der obersten Fergschicht abdecken, damit man an die blanke Seite herankommt, ist eine mühselige Arbeit, ja, man muß, wenn es regnet, und der Schmutz wie Zementgewichte an den Schuhen klebt.

Nach einigen Wochen hatte ich das Dreckfahren über und ging zu Christ, um ihn zu ersuchen, mit einer anderen

Arbeit zu geben. Es entwickelte sich folgender niedlicher Dialog:

„Christ, gim mi angeten Arbeed, in dem Dreck arbeede ich nich.“

„Quatsch mi nich ahn“, sagte Christ, „ich han keene angete Arbeed für dich. De Arbeed is overall dreckig...“

„Du willst nich?“

„Leb mi am Hermal!“

„Dann mach ming Papiere zurecht“, sagte ich und grinste.

Christ ging brummend fort, ohne mich anzusehen. Ich hatte den Trumpf ausgepielt, der fast immer zog. Denn Christ hing an allen seinen Arbeitskollegen, und ohne zwingenden Grund ließ er niemanden gehen. Das war seine große Schwäche. Und diese Schwäche mußte er büßen — so wie Krieger, die sich widerstandslos hängeln lassen, ihre Zurückhaltung büßen müssen. Denn wir nutzten diese Schwäche aus, wo wir konnten, manchmal sogar in boshafter Freude, nur um ihn verletzen zu machen. Gestel uns eine Arbeit nicht mehr, und Christ wollte nicht wechseln, dann drohten wir mit der Kündigung. Und Christ ärgerte sich jedesmal, wenn er immer wieder darauf hereinfiel. Die Papiere hätte er uns nie gegeben, und unsere Kündigung hätten wir auch nie wahr gemacht. Wir trieben es alle so.

Ich mußte, daß Christ spätestens nach einer Stunde bei mir war, wenn er mich anders beschäftigen konnte. Und richtig, nach einer halben Stunde trabbelte er die Föschung hoch und rief mir aus zehn Meter Entfernung zu:

„Du kannst morgen bei de Sprengkolonne ahnfangen.“

„Et is gut, Christ. Besten Dank.“

Das behagte mir. Um diese Arbeit drängten sich alle, nicht weil sie leichter war, sondern weil sie mehr Freiheiten gewährte und besser bezahlt wurde. Zu der Zeit — es war vor dem Krieg — hatte die Gesellschaft noch keine Luftdruckbohrer, die das Bohren schneller und bequemer verrichteten. Wir arbeiteten, wie heute noch in vielen Steinbrüchen, mit Bohreisen und Zwickelhammer.

Es hatte langelang geregnet. Die Steine gingen zur Reize; die Stöße und Ripper schrien nach guten Steinen, da sie im Afford arbeiteten. Christ war außer Fassung und ranzte die Sprengkolonne an. Und wir

waren doch unschuldig an dem Steinmangel. Denn alle Bohrlöcher, die wir anshlugen, wurden naß und verhiinderten jeden Schuß. Solange es regnete, war nichts zu machen.

Endlich hörte der Regen auf, und wir schufteten an einem neuen Bohrlösch.

Klipp — Klapp! Klipp — Klapp! sang das Eisen, von dem Hammer in den Fels getrieben, durch das Tal. Das sollte ein Kapitalstück werden, der alle die Felsstücke wieder wettmachte. Als das Bohrlösch zwei Meter tief war, wurde ein kleines Quantum Pulver hineingetan und abgeschossen, um das Loch unten auszusprengen, damit der Hauptschuh durch die entstandene Höhlung und die Ritze mehr Wirkungskraft bekam. Die drei Vorstücke klappten. Alles war in Aufregung. Sorgfältig wurde der Hauptschuh vorbereitet. Oben auf die Lochöffnung legten wir Felsstücke und dicke kurze Baumstämme, um dem Schuß mehr Rückwirkung zu geben. Christ drängte den ganzen Tag und machte uns nervös, bis wir ihn davonjagten. Endlich war alles fertig. Die Zündschnur lag zum Anzünden bereit. Der Bläser trompetete das Warnungssignal, und alle Kollegen legten Stöbel, Ripphammer und Brecheisen beiseite, verließen ihren Arbeitsplatz und suchten Deckung.

„Alles fertig?“

„Fertig!“

Der Schießälteste, der die Stelle des Schießmeisters vertrat, zündete die Schnur an und ließ zu uns in Deckung. Sekunden aufgeregter Erwartung. — Nanu! Die festgelegte Zeit, in der der Schuß losgehen mußte, war verstrichen, ohne daß sich etwas ereignete. Ein Verlager? Vorsichtig lugten wir zur Bohrstelle hinüber. Überall wurden Köpfe sichtbar, die verwundert dreinschaute. Christ stand mit vorgeneigtem Oberkörper und angezogenen Armen, als wollte er dem Schuß nachhelfen, auf einer Felskante.

„All widder nig“, sagte der Schießälteste verdrießlich und spuckte seinen Brien auf meinen Schuh. Der Verlager verdroß uns. Wir setzten uns allesamt auf eine Felskante, reichte unser Pfeischen an und schmolten. Nach Ablauf der festgelegten Wartezeit hies der Bläser das Schießen ab. Aber keiner rührte sich vom Platze. Wozu auch. Es ging auf Feierabend, was ging uns das

unterscheidet. Jeder Normalempfindende ist empört über die darin zum Ausdruck gebrachte Verächtlichmachung der Gewerkschaften und deren Führer. Stutzig wird aber auch jeder ehrliche Arbeiter, der die „Empfehlung“ der Schriftleitung am Schlusse dieser Elaborate liest, wo den Mitgliedern dieser „Einheitsfront“ nahegelegt wird, der Roten Gewerkschafts-Opposition (RGO) beizutreten, gleichzeitig aber auch in der christlichen Gewerkschaft zu verbleiben.

Zu den seitherigen also einen neuen Versuch der Zellenbildung seitens der Kommunisten in den christlichen Gewerkschaften. In diesem Winter fand in Essen eine größere Tagung dieser sogenannten „Einheitsfront“ mit der RGO statt. Was dort verhandelt und beraten wurde, gleich so recht kommunistischen Ideengängen. Von dieser Konferenz aus sollte in allen Orten die „Einheitsfront“-Bewegung ausgebreitet werden. Erfolge sind diesen neuen Propheten erfreulicherweise nicht zuteil geworden, Augenblickserfolge besagen nichts.

Solche Wirrungen sind nur dazu angetan, die zähe, systematische Arbeit der Gesamtbewegung zu stören, also trotz der Not noch mehr Schaden anzurichten. Die heutige unheilvolle Arbeitslosigkeit mit ihren mannigfachen sozialen und familiären Begleiterscheinungen bringt es mit sich, daß Mutlosigkeit, Resignation und Verzweiflungstimmung sich auch einmal bei christlichen Arbeitern breit machen. Bei uns Bauarbeitern ist ja die Not am größten. Doch ändern wir denn mit solchen Einspänner-Zerlegungsmanövern etwas an unserer unglücklichen Wirtschaftslage? Sich den Mut einmal gründlich vom Herzen wegreden, das ist begreiflich. Es erleichtert und befreit. Kann dieses nicht aber auch in sachlicher Weise in unseren Versammlungen geschehen? Braucht man da eigens einen besonderen Laden aufzumachen, um nach kommunistischer Art mit Geschimpfe über alles Bestehende herzufallen? Das ist Torheit sondergleichen. Weiter nichts! Bedenken solche Arbeiter denn nicht, daß sie nur als Werkzeuge für kommunistische Ziele und Zwecke gebraucht werden? Wir haben in den 14 Nachkriegsjahren wahrhaftig schon mehr als genug solcher extremen Bewegungen kommen und gehen sehen. Und allen war kein Erfolg beschieden. Sollten wir nicht daraus lernen?

Einigkeit und Geschlossenheit in unserm christlichen Bauarbeiterverband und darüber hinaus in der Gesamtbewegung werden es zuwege bringen, aus diesen Wirrnissen zu besseren Zeiten zu kommen. Uneinigkeit und Zersplitterung schwächt, und nützt der sozialen und politischen Reaktion. Nur vereinte Kraft Großes schafft! —i—

Rundschau

Beginn des Rückgangs der Arbeitslosigkeit

Die Frühjahrsentlastung am Arbeitsmarkt ist in der zweiten Hälfte des März deutlich erkennbar geworden. Die Arbeitslosenzahl ist seit dem 15. März um rund 98 000 zurückgegangen und betrug am 31. März nach den Zählungen der Arbeitsämter rund 6 031 000. Von der Gesamtzahl der Arbeitslosen wurden am 31. März rund 3 323 000 in der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge und rund 1 948 000 Wohlfahrtserwerbslose in der öffentlichen Fürsorge unterstützt. Gegenüber

Pulver an, mochte es verderben, die Firma ging nicht bankrott daran. Anders dachte unser Meister Christ. Er rief:

„Wollt ihr denn nicht nochein?“
„Ah, nää!“ rief der Schiefälteste. „Et is bahl Fierowend.“

„Dat geiht nich!“ schrie Christ. „De Stunde treck ich aff.“

Auf diese kategorische Drohung lachte die ganze Bande aus vollem Halse und fing an zu sticheln.

„Christ, trag mi am Armloch. Schnaps her. Fierowend. . . Fierowend. . . Christ, gang selwer. . .“

Und dann prasselten wir los wie ein Schnellfeuer:
„Christ! Bangbü! Bangbü! Bangbü!“

Das war für unseren armen Christ zuviel. Unter dem Gejohle der ganzen Bande kletterte er von seinem Abhang herab und ging spornstreichs auf das Sohlloch zu. Mehrmals schüttelte er die Fäuste nach uns, was uns unheimlich Spaß machte. Seinen Fohz ließ er an den Baumstämmen aus, die er beiseite warf. Da rief ihm unser Schiefälteste, begleitet vom dröhnenden Lachen, zu: „Christ, pah op, dat speut!“

Aber das Lachen erklang uns auf den Lippen. Mit einem gewaltigen Krach flogen Steine und Baumstämme in die Luft. Und der arme Christ slog mit. Vor Schreck vergaßen wir in Deckung zu gehen. Ungeachtet der vielen Steinplitter und Baumlöse, die von oben herabprasselten und uns leicht erschlagen konnten, rannten wir der Unglücksstelle zu. Christ lag zehn Meter von der Schiefstelle entfernt. Ein Bein war vollständig abgetrennt, im Bauch wurzelte ein kantiger Felsplitter. Er lebte noch, als wir ihn erreichten. Der Schiefälteste nahm Christi Kopf in seine Arme und weinte wie ein Kind. Uns allen liefen die Tränen die schmutzigen Socken herunter. Der Verwundete köhnte schmerzlich.

„Ming Frau an' Kinner!“

Dann starb er. Nach drei Tagen haben wir ihn begraben, und kein Auge blieb trocken, als der Pfarrer am Grabe des toten Christ die Abschiedsrede hielt. Wir fühlten uns lange Zeit schuldig an seinem tragischen Tode, obwohl das Unglück jeden einzelnen von uns hätte treffen können. Und wir schämten uns sehr.

Am 16. April 1932 ist der sechzehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1932 fällig.

dem Stand Mitte März hat die Arbeitslosenversicherung eine Entlastung um rund 158 000 auf rund 1 579 000 Hauptunterstützungsempfänger erfahren. In der Krisenfürsorge wurden rund 1 744 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, was gegenüber Mitte des Monats eine Zunahme um rund 27 000 bedeutet.

Die von der anderen Moral

Bei der Tiefbaufirma Adolf Bleichert u. Co., Aktiengesellschaft in Leipzig, haben sich wirtschaftliche Schwierigkeiten ergeben. Bei den Vergleichsverhandlungen wurde festgestellt, daß für Experimente für einen neu einzuführenden Rabelbagger 6,5 Millionen RM. verausgabt wurden. Auch bei glücklichem Verlauf eines solchen Experimentes ist leicht auszurechnen, welche ungeheure zinsmäßige Vorbelastung auf solchen, die Handarbeit ablösenden Maschinen liegt. Die Sonderforderungen der in Arbeiterfragen sonst zugeknöpften Betriebsleiter an den Betriebsfonds fanden gleichfalls eine recht beachtende Beleuchtung. Herr Generaldirektor Max Bleichert, der seine Arbeit mit mindestens 250 000 RM. im Jahr bewertet hat, forderte von der Masse über 440 000 RM. In dieser Forderung war unter anderem für Jagd und Jagdpacht ein Betrag von 30 000 RM. enthalten. Die nachfolgenden Direktoren forderten rund 328 000 bzw. 400 000 RM., und der Direktor, der für die Baggereperimente einzustehen hatte, forderte beiseitenerweise als Äquivalent trotz seines Fehlzertiments 70 000 RM. Die Erbgemeinschaft der Familie Bleichert erhob Anspruch auf eine Summe von einer halben Million RM. Mit solchen moralischen Grundfällen läßt sich dann allerdings über Arbeiterlöhne trefflich streiten, auch in Wieder- aufbau der Wirtschaft orakeln, nur wird man bei den außerhalb einer solchen . . . gemeinschaft stehenden dafür kein Verständnis finden. Der Ruf nach dem Staate ist an sich peinlich, wo aber die elementaren Begriffe für das 7. Gebot verlorengehen, müßte er notwendigerweise im Interesse der öffentlichen Moral schärfer zugreifen.

Bodenreformtag 1932

Der Bund Deutscher Bodenreformer hat seinen 34. Bundestag in den Pfingsttagen vom 16. bis 19. Mai in Danzig. Man hat Danzig als Tagungsort gewählt, um dadurch den bedrohten Grenzgebieten die Verbundenheit mit dem Reichslande besonders stark zu betonen. Erste Sachverständige werden sprechen über Fragen der Gesundung der deutschen Landwirtschaft, der Beseitigung der Zinstnechtigkeit, der Ausbaueinheit und über die Lehren der russischen Revolution.

Tarifnachrichten

Ueber die Lohnverhandlungen in den Bezirken kann nicht in allen Einzelheiten berichtet werden. Es scheint nicht zweckmäßig, jede Unüberlegtheit oder im einzelnen auch Borniertheit der Unternehmervertreter an den Pranger zu stellen. In der Hitze des Gefechts hat der Weitstättigere zu bedenken, daß Menschen immer wieder einmal zusammen arbeiten müssen. Es stände allerdings den Unternehmern und ihren Wortführern auch an, an diese Dinge zu denken.

Die deutsche Wirtschaft steht am Anfang einer neuen Lohnabbauwelle mit all ihren unerfreulichen wirtschaftlichen und sozialen Nachwirkungen. Dies sei allen denen gesagt, die im Bauarbeiterlohn nur den hohen Stundenlohn oder den Binnenwirtschaftslohn sehen. Die Arbeiter aller anderen Berufe, wie auch alle Kreise, die vom Lohn des Arbeiters leben, sollten rechtzeitig die Gesamtwirkung einer neuen Lohnabbauwelle beachten. Neben den Löhnen in der direkten Bauwirtschaft sind bereits die des Malerberufes und einiger anderer Bau- nebengewerbe gekündigt, weitere werden sich dem anschließen. Aber auch in der Industrie ist jetzt schon bekannt, daß erneute Versuche zu Ende Mai hinsichtlich der Bergarbeiterlöhne unternommen werden sollen und daß die nordwestliche Großindustrie sich mit neuen Lohnabbauplänen trägt, wovon wiederum die gesamte Eisenverarbeitung mehr oder minder lohnpolitisch ins Rollen gebracht wird. Es ist einer der vielen Irrtümer des Reichsarbeitsministers, wenn er mit großer Geistes einer Beendigung der allgemeinen Lohnsenkung spricht, aber für einige Berufe noch Angleichungen nach unten für notwendig hält. Es wird nicht in der Kraft des Reichsarbeitsministers liegen, Gebäude, in denen die Eiskeine gelodert sind, vor dem Einsturz zu bewahren. In diesem Sinne sind die derzeitigen Lohnverhandlungen ein ganz trauriges Vorzeichen für die wirtschaftliche Entwicklung der nächsten Monate. — Die Gesamteinigung der Weltwirtschaftskrise wird zum großen Teil auf der Schaffung politischen Vertrauens der Völker untereinander, sowie bei Deutschland im besonderen von der Regelung der Reparationsfrage abhängen. Daneben würde es aber ebenso notwendig sein, zu sorgen, daß innenpolitisch nicht alle Dämme des Vertrauens der Berufsstände zueinander unter Mithilfe oder Duldung des Reichsarbeitsministeriums eingerissen werden und daß unter Umständen nach Beendigung der Weltwirtschaftskrise eine ungeheure soziale Krise in Deutschland einsetzt, die heute durch Zügelung gewisser Hemmnisseffekte verhindert werden könnte. Die Sicht für diese Hauptaufgabe des Reichsarbeitsministeriums scheint an dieser Stelle zu fehlen.

Neben den Lohnabbauforderungen gehen die weiteren gleichlautenden Ansprüche der Unternehmer darauf hin-

aus, daß die Lohnsätze gekündigt werden können, bzw. von selbst erlöschen, wenn die Allgemeinverbindlichkeit der Löhne nicht ausgesprochen wird. Für die zeitliche Dauer der Lohnsätze beantragen die Unternehmer in der Regel Gültigkeit bis 30. September d. J., dann Kündigungsmöglichkeit mit vierwöchentlicher Frist, bei Nichtkündigung Weiterlaufen um jeweils einen Monat.

Die Sonderforderungen innerhalb der einzelnen Bezirke sehen folgendermaßen aus:

Ostpreußen.

Die im Frühjahr v. J. und Beginn d. J. um 11 bzw. 10 Pfg., im ganzen um 17,2 Proz. gesenkten Löhne der Facharbeiter des Spikensortes sollen nochmals um 14,5 Proz. ermäßigt werden, so daß im Spikensort ein Facharbeiterlohn von 82 Pfg., in der untersten Ortsklasse ein solcher von 57 Pfg. herauskäme.

Grenzmark.

Die Unternehmerforderung geht hier auf einen Lohnabbau von 29,3 Proz. hinaus. 65, 58 und 51 Pfg. sollen in den drei Ortsklassen die Facharbeiterlöhne sein, 44, 38 und 35 Pfg. die Tiefbauarbeiterlöhne. Wir sehen uns wieder . . .

Pommern.

Der Lohnabbauantrag kommt auf 25,6 Proz. hinaus. Den Facharbeitern bietet man am Spikensort 81 Pfg., den Tiefbauarbeitern am niedrigsten Ort 39 Pfg. Durch Ortsklassenänderung und Kürzung der Zuschläge soll das Unrecht noch eine kleine Würzung erfahren. Der Landbund bekommt Konkurrenz.

Mecklenburg.

Die Arbeitgeber haben der Einfachheit halber eine 30prozentige Abbauforderung gestellt. Die theoretischen Erörterungen der Auswirkung eines solchen Abbaues erbrachten den Beweis, daß man im Arbeitgeberlager tatsächlich mehr nach Gefühlen als nach praktischen Erwägungen gehandelt hat.

Schlesien.

Für das Lohngebiet Breslau haben noch keine Verhandlungen stattgefunden. Im Gebiet Grünberg haben die Unternehmer für die vier Lohngebiete 29 bzw. 33, bzw. 32, bzw. 35 Proz. Lohnabbau beantragt. Im Lohngebiet Görlitz bieten die Unternehmer für den Spikensort einen Facharbeiterlohn von 70 Pfg., einen Hilfsarbeiterlohn von 47 Pfg., was einem Prozentabschlag von 25 bzw. 27 Proz. entspricht.

Oberschlesien.

In diesem schon ohnehin mit den niedrigsten Löhnen belasteten Gebiet brachten die Unternehmer den zweifelhaftesten Mut auf, in der Ortsklasse I einen Abbau von 20 Proz., in II von 22 Proz., in III von 26 Proz. und in IV von 30 Proz. zu beantragen. In der IV. Ortsklasse würde bei diesem Antrag ein Tiefbauarbeiterlohn von 34 Pfg. herauskommen, aber auch in der Ortsklasse I würde er nur 41 Pfg. betragen. Das Wort Scham scheint bei den Unternehmern ein Fremdwort geworden zu sein.

Brandenburg.

Die Abbauforderung liegt zwischen 27 und 30 Proz. und ist in Ausmaß und Wirkung mit den Forderungen für die Grenzmark ungefähr gleich. Zwei Verhandlungen brachten kein Ergebnis.

Groß-Berlin.

Nach der Begründung der Unternehmer wird es besser, wenn der jetzige Lohn der Klasse I von 125 auf 103 ermäßigt wird. Die Anführung der wirtschaftlichen Tatsachen des vorigen Jahres hat sie dann in der weiteren Aussprache schon veranlaßt, in dieser Hoffnung unsicher zu werden. In Berlin ist dann durch den Gewerberat Körner ein Schiedsspruch gefällt, der einen Spikensortlohn von 112 RM. vorsieht. Gewerberat Körner hat Ende des Jahres 1930 einmal von sich reden gemacht, als er nach dem Berliner Metallarbeiterstreik bei Festsetzung der neuen Löhne beachtliche Worte zu den Lohn- und Preisverhältnissen sagte. Ob das nun damals ein leichter Augenblick war oder ob ihm höhererents gewunken worden ist, im „gleichen Schritt und Tritt“ zu marschieren, jedenfalls war er bald wieder in der Linie der andern Lohnabbauer. Seinen inneren Zweifelpakt über den diesjährigen Lohnabbau legt der Herr in der Begründung nieder, die öffentlich bekannt zu werden verdient: „Der Schlichtungsausschuß wird nach wie vor denen entgegengetreten, die immer noch glauben, die kranke Wirtschaft nur von der Lohnseite her sanieren zu können, und die das Arbeitsentgelt unter das Existenzminimum drücken wollen. Die Kammer konnte aber nicht die Verantwortung dafür übernehmen, daß die Bauarbeiterlöhne in Berlin in einer Höhe aufrecht erhalten werden, für die die ökonomischen Voraussetzungen nicht mehr gegeben sind. Ein Bauarbeiterlohn von 125 RM. für die Stunde ist unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr tragbar. Selbst notwendige Instandsetzungsarbeiten würden voraussichtlich unausgeführt bleiben, weil die Kosten in der Zeit der allgemeinen Not nicht aufgebracht werden könnten. Die vorgeschlagene Lohnverminderung wird zwar keine wesentliche Veränderung des Baumarktes bringen, wenn auch heute schon die geringste Verbilligung der Bauarbeiten zu einer Vermehrung der Beschäftigungsmöglichkeiten führen kann. Die Schlichtungskammer mußte sich unter den gegebenen Verhältnissen darauf beschränken, die Bauarbeiterlöhne dem allgemeinen Berliner Lohnniveau anzupassen. Eine weitergehende Senkung der Löhne wäre nur möglich, wenn gleichzeitig für eine ausreichende Beschäftigung der Bauarbeiter gesorgt würde. Hierfür wäre ein allgemeines Bauprogramm notwendig, das ihnen einen angemessenen Wochenverdienst sichert und bei erträglichen Mieten (28 RM. monatlich für eine Kleinwohnung von 36 bis 40 Quadratmeter) eine mäßige Verzinsung (4 1/2 Proz.) des investierten Kapitals gewährleistet.“

Zu einer langen Auseinandersetzung haben wir keine Zeit. Ohne beleidigen zu wollen, müssen wir aber trotzdem sagen: Jeder blamiert sich, so gut er kann. Herr Gewerberat Körner möge uns das nicht verübeln und nötigenfalls den Mitschuldigen ihren Teil weitergeben.

Freistaat Sachsen.

Wie im Herbst vorigen Jahres machen sich auch die Arbeitgeber diesmal in einer besonderen Weise bemerkbar. In einer langen Erklärung verdonnern sie den Reichsarbeitsminister für die Ablehnung der Allgemeinverbindlichkeit und stellen damit indirekt fest, daß die Löhne sachlich vertretbar und jetzt nur durch die Notverhältnisse einer falschen Kritik unterliegen. Sie springen dann allerdings mit ihren Schlussfolgerungen falsch aus, indem sie unbedeutende ländliche Lohnuntererschreitungen zum Hebel für einen allgemeinen Lohnabbau benutzen wollen. Als Voraussetzung für die Neuregelung der Bauarbeiterlöhne fordern sie, daß Vertragslöhne auch für die organisierten Firmen erst vom Tage der Allgemeinverbindlichkeit an wirksam werden. Des Weiteren reiben sie sich an der Höhe des Werkzeuggeldes, an der jetzigen Einteilung des Lohnklassensystems und an den Verkehrszulagen. Für die Lohnhöhe stellen sie selbst keine Anträge, sondern erwarten von den Arbeiterorganisationen ein Angebot. Die Lohnklasse IV wollen sie außerhalb der tariflichen Regelung lassen.

Thüringen.

Hier liegt die Arbeitgeberforderung zwischen 20 und 22 Pf. Abschlag in den vier oberen Klassen. Die übrigen Gruppen wollen die Herren im sogenannten freien Spiel der freien Kräfte ausschaukeln.

Sachsen-Anhalt.

Wo die Kommunisten über ihren zahlenmäßigen Durchschnitt hinausragen, hat man in der Regel Arbeitgeber, die das entsprechende Mißbeet vorbereitet haben. Das ist typisch für das Lohngebiet, in dem die Gebiete Halle, Merseburg, Leuna usw. liegen und die in Deutschland bestimmt keine ruhmreichen Gebiete mehr sind. Die Unternehmer wollen in den drei oberen Ortsklassen um 23 bis 27 Proz. abbauen, die drei unteren Ortsklassen wollen sie vollständig tariffrei haben, eine Reihe von Orten aus den oberen Klassen sollen nach III und damit in die Lohnfreiheit. Die allgemeine Arbeiterforderung, der Arbeitslosigkeit durch Einschränkung der 48-Stunden-Woche zu steuern, den Lohn besteben zu lassen, ziehen ihnen Grund mit gemilter Entrüstung die Verhandlungen abzubrechen.

Nordwestdeutschland.

Die Lohnklasse A soll auf 90 Pfg. herunter, in den übrigen Ortsklassen sollen Abschnitte erfolgen, die teilweise 33 Proz. überschreiten. In der untersten Lohnklasse bietet man dem Facharbeiter einen Lohn von 50 Pfg. Die daraus sich ergebenden Löhne für Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter hat man sich nicht auszurechnen getraut.

Braunschweig.

Die Abbauforderung schwankt hier zwischen 30 und 27 Pfg. für Facharbeiter, 20 und 15 Pfg. für Tiefbauarbeiter. Der prozentuale Höchstmaß der Abbauforderung ist 38 Proz. Bei den Verhandlungen warfen die Unternehmer dem Reichsarbeitsminister Vorwürfe vor, weil er die Löhne vom Januar d. J. nicht für allgemeinverbindlich erklärt habe. Aus dieser Behauptung ist die Schlussfolgerung zu ziehen, daß bei Allgemeinverbindlichkeit die jetzigen Löhne nicht zu hoch erschienen wären, also tragbarer sind, wie man es jetzt hinzustellen beliebt.

Rheinland.

Für das hiesige Gebiet mit den angegliederten Gebieten von Bonn-Rhein, Grantendern, Wittenhausen und Walden werden Abschlüsse zwischen 22 und 31 Proz. gefordert. Eine ernste, sachliche Begründung konnte hier für natürlich nicht erfolgen.

Unterweiser-Gms.

Je nach dem einzelnen Ort liegt der Lohnabbau zwischen 20 und 50 Proz. Daneben wollen die Arbeitgeber für eine Anzahl Orte noch eine besondere Herabsetzung. Einer regelrechten Aussprache weichen die Unternehmer aus.

Westfalen Ost und Lippe.

Unser Lohngebiet hat zwar nur eine Großstadt, dafür aber viele Mittelstädte und industriedurchsetzte Gebiete. In unsozialen Forderungen versucht man hier stets an die Spitze zu kommen. Der unsoziale Übermut fordert Lohnabbau für Facharbeiter von 21 bis hinan zu 35 und 40 Pfg. Für Tiefbauarbeiter zwischen 17 und 20 Pfg. Die untersten Lohnsätze der Tiefbauarbeiter würden damit auf 15 Pfg. kommen. Mit solchen Forderungen kann man sich nicht einmal auf den Reichsarbeitsminister zurückziehen, von dem man behauptet, daß er einen besseren Anlehn der Bauarbeiterlöhne an die Industriearbeiterlöhne will. Die Ortsklasseneinteilung möchte man trotz tariflicher Bindung ungünstig umändern.

Westdeutschland.

Hier fordern die Unternehmer zunächst getrennte Verhandlungen für das Industriegebiet, das Münsterland, das sächsische Sauerland und das sächsische Sauerland. Aus Zweckmäßigkeitsgründen ist man auf diese getrennten Verhandlungen eingegangen. Für das Industriegebiet wollen sie den Lohn der durch zweimalige Senkung im Vorjahre um 20 Proz. herabgesetzt ist, von 105 auf 73 Pfg. für Tiefbauarbeiter von 61 auf 50 Pfg. heruntersinken. Eine Diskussion ist da nicht möglich.

Für das Münsterland gehen die Forderungen dahin, die in den Ortsklassen I und II befindlichen Orte nach III heruntersinken und einige andere Gebiete gleichfalls tieferen Ortsklassen einreihen. Die wirtschaftlichen und sozialen Erfolge entscheidende Forderung verlangt denn für die hochgelegenen Orte einen Grundlohn von 63 Pfg., in der untersten Ortsklasse werden dem Facharbeiter 15, dem Tiefbauarbeiter 7 Pfg. geboten. Ein solches haben solche Forderungen, sie bringen auch den größten Phlegmatiker zum Anshorchen. Im Sauerland sollen einige wichtige Städte und Gemeinden in die Lohnklasse III gedrängt werden. Die Auswirkung würde je nach der Ortsklasse ähnlich wie im Münsterland sein.

Rheinland.

In unsem Gebiet hatte der Schlichter der Notverordnung eine Auslegung gegeben, die mit ihrem Sinn und Wortlaut im Widerspruch stand. Wir mußten am 1. März eine nochmalige Lohnkürzung in den oberen Klassen in Kauf nehmen. Trotzdem geht die Unternehmerforderung auf einen weiteren Lohnabbau zwischen 20 und 25 Pfg. hinaus.

Siegerland.

Beiseidenheit ist eine Fier. Am 30. 22 und 24 Pfg. sollen in den drei Lohnklassen nach Arbeitgeberansicht die Facharbeiterlöhne zur Behebung der Bauarbeitslosigkeit gekürzt werden. Das wird nicht durchgehen. Würde auch nichts helfen. Die schwedischen Erzielungsverträge der Hüttenindustrie, die geringe Konjunktur der deutschen Wirtschaft für Produkte der Kleinindustrie sind bei uns in erster Linie die wirtschaftshemmenden Ursachen.

Sachsen-Rheinland.

Im Lohngebiet Frankfurt geht der Arbeitgeberantrag der einfachen Rechnung halber auf eine 35 prozentige Kürzung in allen Klassen hinaus. Wieder der einfachen Rechnung halber soll der Tiefbauarbeiterlohn 70 Proz. vom Facharbeiterlohn betragen.

Im Sieg-Lahn-Gebiet möchte man den jetzigen Spitzenlohn von 95 Pfg. auf 67 Pfg. heruntersinken. In den Kleinstädten und ländlichen Gebieten sollen die jetzt zur Auszahlung gelangten Löhne gelten. Wegen Arbeitslosigkeit hat sich dort bis jetzt eine Lohnzahlung erübrigt. Was wohl nicht dahin verstanden werden kann, den Versuch zu machen, mit Arbeit ohne Lohn die Wirtschaft zu beleben. Noch viel weniger wird eine Rettung der Bauwirtschaft durch die Arbeitgeberseits beantragte Herunterkürzung der Lehrlingslöhne auf 15, 25 und 35 Proz. der Gesellenlöhne erreicht werden.

Rahe-Gebiet.

Der hiesige Arbeitgeberverband glaubt, mit Austritt aus dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe den vertraglichen Verpflichtungen hinsichtlich Lohnverbindungen entgehen zu können. Das dürfte auf Grund der jetzigen Rechtsprechung sehr zweifelhaft sein. Verhandlungen wegen neuer Löhne haben noch nicht stattgefunden.

Wals.

Die Abbauforderung unserer Unternehmer ist für die 1. Klasse schlicht und beiseiden 15 Pfg. pro Stunde, also rund 40 Proz. Gegenüber dem Vorjahre würde das eine Senkung von beinahe 48 Proz. bedeuten. Der Lebensmittelpreis wird also schon etliche Male das Kreuz brechen müssen, um da nach unten mitzukommen. An den jugendlichen Fach- und Hilfsarbeitern will man durch Herunterdrückung ihres Prozentanteils am Lohne ihrer Sparte noch im besonderen sparen. Lehrlinge sollen im 1. Lehrhalbjahr 10 Proz. des Facharbeiterlohnes, für jedes weitere Lehrjahr 5 Proz. Zulage bekommen. Der Schlichtungsausschuß Kaiserslautern erließ am 26. März einen Schiedsspruch, der den Spitzenlohn auf 100 Pfg. senkt und die übrigen Löhne im schließlichen Verhältnis des Tarifvertrages hieran abhängig macht. Die neuen Löhne sollen am 1. April in Kraft treten. Wenn kein Schiedsspruch vorliegt, muß entweder in Kaiserslautern ein anderer Text der Notverordnung oder ein Irrtum des amtlichen Schlichtungsausschusses vorliegen.

Bayern.

Die Arbeitgeber wünschen eine „kräftige Lohnsenkung“ und verdrogen sich mit ihrer Begründung in dem fallenreichen Mantel des Reichsarbeitsministers Als „kräftige Lohnsenkung“ betrachten sie einen Abbau von rund 30 Proz., der in den beiden oberen Klassen für Facharbeiter zahlenmäßig sich mit 35 Pfg. in der Klasse Ia mit 33 Pfg. II und III mit 31 Pfg. und in den beiden unteren Klassen mit 26 und 22 Pfg. ausweisen würde. Daneben wollen sie Tiefbauarbeiter im „bagrißen“ Boden mit norddeutschen Lohnabständen halten, an der Aufwandsentschädigung bei Ueberlandarbeit sparen und einige andere alte Lieblingswünsche im Zeichen der „Staatsvereinfachung“ durchbringen.

Aus dem Verbandsleben

Dinslaken. Unsere Generalversammlung fand am 17. März statt. Kollege Weil, Mörs, hielt einen Vortrag über den Tarifvertrag und die Bedeutung der Volkswirtschaft. Danach gab er einen Bericht über die Verwaltung der Ortsgruppe. Der Bericht wurde einstimmig angenommen. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt: Johann Brudermann 1., Hölke 2., Vorsitzender, Kassierer E. Schmitt, Schriftführer Fischer.

Homburg. In unserer am 23. Februar stattgefundenen Generalversammlung gab nach der Einleitung durch Vorsitzenden Kollegen Seifert Kassierer Kollege Otto Pfeiffer den Jahresbericht. Die Tätigkeit des Verbandes fand volle Anerkennung, nur die Satzungsänderung nicht, wonach die Arbeitslosenunterstützung erst nach 20 geleisteten Beitragswochen statt vorher 52 erfolgt. (Korbhüchse beginnt: Man nehme... Red.) Der neue Vorstand besteht aus dem 1. Vorsitzenden Bernhard Kotte, 2. August Kiesel, Kassierer Otto Pfeiffer, 1. Schriftführer Wilhelm Reith, 2. Wilhelm Lent, Kollege Leimbach, Dortmund, rigte in fernigen Tagen die Zukunftsaufgabe der Gewerkschaftsbewegung. In Hand der Entwicklung der Tarifverträge, besonders im letzten Jahre im Zusammenhang mit der arbeitsrechtlichen Entwicklung wird die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung erst recht klar. Die Heranzureitung der Sozialversicherung aus den finanziellen Schwierigkeiten bildet eine neue Aufgabe. Freie Mitarbeit wird die Verwirklichung dieser Probleme fördern. In der angestrebten schweren Zeit hat die christlich-nationale Arbeiterpartei den Rechts- und Linksradikalen erneut zu beweisen, daß uns die ruhige nationale Tat höher wie

die nationale Phrase steht. Die Ausführungen fanden begeisterte Zustimmung. In der nächsten Versammlung am 21. April wollen wir die Ehrung des Jubilars Martin Alt aus Homburg vornehmen.

Berlin. In der am 26. Februar stattgefundenen Generalversammlung erstattete Kollege Weber einen ausführlichen Jahresbericht. Eine Besprechung von Ursachen und Wirkung der Wirtschaftskrise, dem Bauproduktionswert vom Jahre 1930 mit insgesamt 7 Milliarden Mark und höchstens 5 Milliarden im Jahre 1931 gab für die Beurteilung der örtlichen Verhältnisse den vergleichswertigen Hintergrund. Von Januar bis Oktober 1931 sind rund ein Viertel Wohnungen weniger errichtet worden als in dem gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der Bauaufträge im Oktober 1931 gegenüber Oktober 1930 ist fast um 83 Prozent und die Zahl der Bauerlaubnisse um 78 Prozent zurückgegangen. Von Januar bis Oktober 1931 wurden an Gebäuden für öffentliche und gewerbliche Zwecke 8,9 Millionen Kubikmeter errichtet, gegenüber 15,9 Millionen im Jahre 1930. Die Gesamtbaukosten in Berlin sanken vom Januar 1931 mit 23,25 Millionen auf 3,37 Millionen Mark im Dezember, während die erforderliche Durchschnittssumme 15 Millionen Mark Arbeitswerte betragen müßte. Die Arbeitslosigkeit ist in Berlin bei bester Arbeitsmöglichkeit nicht unter 60 Prozent gesunken, und betrug am 15. Dezember 1931 rund 80 Prozent der in Berlin wohnenden Bauarbeiter. Unsere Verwaltungsstelle zählte im arbeitschwachen Januar 78,5 Prozent, im arbeitsintensivsten Juli 53,3 Prozent und im Dezember 90,7 Prozent Arbeitslose. Im Laufe des Berichtsjahres sind die Löhne für das Baugewerbe zweimal erheblich gekürzt worden, einmal im März um 7,84 Prozent und zum andern durch die Notverordnung um 12 Prozent. Eine Behebung der Bauwirtschaft ist durch diese gewaltige Lohnsenkung nicht eingetreten. Die wirklichen Baukostenfaktoren wie überhöhte Zinsen, Geländepreise, Aufschließungskosten, Transporttarife, Umlauf- und sonstige Steuern werden immer noch zu wenig gewürdigt. Einem Nettowochenlohn im Jahre 1914 von 42,66 RM. nach Abzug der sozialen Beiträge bei wenigen Feiertagen steht heute ein durchschnittliches Wochenlohn von 10,00 RM. gegenüber. Die katastrophale Arbeitslosigkeit hat die Mitglieder ernstlich bedrückt, doch kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß gegenüber dem Jahre 1930 noch eine Steigerung eingetreten ist. Die Rechtschutzfähigkeit hat gute Erfolge aufzuweisen. 765 Auskünfte, 408 Schriftsätze und 133 Termine erbrachten einen Barerfolg von annähernd 10.000 Mark. Den jugendlichen Berufsangehörigen ist durch praktische und theoretische Fortbildung im Beruf, weiterhin durch Kurse in Fragen des Arbeitsrechts, Tarifwesens und der Sozialversicherung geholfen worden. Bedürftige Mitglieder wurden durch Bargeld, Pakete mit Lebensmitteln, Gutscheine für Milch, Bekleidungsstücke aller Art und Ernährungsgeld über die schlimmsten Schwierigkeiten hinweggebracht. Die Erkenntnis, daß gerade in dieser trübseligen Zeit die Gewerkschaften notwendiger als je sind, ist trotz aller Schwierigkeiten — nur örtlich zu verstehenden — Umstände Allgemeinauffassung aller Kollegen.

Die Aussprache bewegte sich im zustimmenden Sinne. Die Vorstandswahl erbrachte im Großen und Ganzen die Wiederwahl der bewährten Vorstandsmitglieder. Eine eingehende Aussprache befaßte sich noch mit denjenigen Bauherrschaften, die für die Erstellung ihrer Bauarbeiten die Miltätigkeit des christlichen Volksteils in Anspruch nehmen und deren bauliche Zwecke auch den christlichen Bestrebungen dienen, die aber den hieraus sich ergebenden moralischen Verpflichtungen bei der Arbeiterbeschäftigung nicht immer ausreichend Rechnung tragen.

Sterbetafel

Am 30. März starb unser Kollege Josef Gieseler aus Hönnersum im besten Mannesalter von 33 Jahren an Blutergiftung. Verwaltungsstelle Hildesheim.
Am 2. April verstarb unser Kollege, der Maurer Bruno Hinz, Langfuhr, im Alter von 50 Jahren an Magenleiden. Verwaltungsstelle Danzig.
Am Samstag, dem 2. April, verstarb unser lieber und treuer Kollege Gg. Reiter aus Marzheim im Alter von 61 Jahren. Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.
Ehre ihrem Andenken!

Möbel-Kamerling
Berlin, Kastanienall. 56
Ecke Fehrbelliner Str.
Speiser., Schlafz., Herrenz., Küche, Kassa
10% Rab. Feilzahlung
Kaufte gratis 2 Gesch. Drucksatz?

Leatholz-Wasserwaagen in höchster Vollendung!

| | | | | | |
|------|------|------|------|------|------|
| 100 | 90 | 80 | 70 | 60 | 50 |
| 3.20 | 3.00 | 2.80 | 2.70 | 2.60 | 2.20 |

Stärke 25 x 50 und 25 x 35 mm
Extra-Qualität:
3.80 3.60 3.40 3.30 3.20 3.00 2.80
Sämtliche Messungen, Befriedigung, das Beste auf dem Markt.
Kt. Katalog sofort lieferbar. Berl. geg. Nachn. Von 10 RM.
an portofrei. Jede 12te Wasserwaage wird gratis geliefert.
Wettermeier & Co., Fielesfeld, Ziegelstraße.